

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 40 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-  
straße 106 .: Telefon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 4. Oktober 1912

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die Sozialversicherung in Europa. — Arbeiter- und Gesellenbräute. — Mehr Pflichtgefühl! — Auch zehn Gebote für Gewerkschaftsmitglieder. — Vier wichtige Resolutionen des Chemnitzer Parteitages. — Vom Disziplinarverbot. — Straßburger Brief. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sattler, Tischler und Riemen in Australien. — Eingekandt. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Mischerei. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Verammlungsstatistik. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten  
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag  
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 6. bis 12. Oktober ist  
der 11. Verbandstreffung. Wer länger  
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im  
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus  
der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen  
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in  
anderen Städten sich zuvor bei der dortigen  
Ortsverwaltung zu erkundigen.  
Offenbach a. M. Die Militäreffekten-  
fabrik (Firma Maury) ist gesperrt.

## „Die Sozialversicherung in Europa

nach dem gegenwärtigen Stande der Geset-  
gebung in den verschiedenen Staaten“, lautet  
der Titel einer Sonderbeilage zu Heft 9 des  
„Reichsarbeitsblattes“. Diese interessante ta-  
bellarische Zusammenstellung auf dem Gebiete  
der Arbeiterwohlfahrtsgeleihe gestattet jedem  
Sozialpolitiker, einen Vergleich zu ziehen, wo  
das Arbeiterversicherungswesen noch im argen  
liegt und ob von Deutschland gelagt werden  
kann, daß alle berechtigten Wünsche der Arbeiter  
durch die Reichsversicherungsordnung befriedigt  
sind. Um unseren Lesern das Studium dieser  
hochwichtigen Frage zu erleichtern, haben wir  
staatensweise die Krankenversicherung, Unfall-  
versicherung und die Invaliden-, Alters- und  
Hinterbliebenenversicherung in je einem Kapitel  
besonders behandelt.

### 1. Krankenversicherung.

Deutschland mit seinen 65 Millionen  
Einwohnern hatte im Jahre 1910 16,5 Millio-  
nen Lohnarbeiter, wovon 14 Millionen in 23 000  
Kassen versichert waren. Nach dem Inkrafttreten  
der Reichsversicherungsordnung am 1. Januar  
1914 werden es nur noch etwa 10 000 Kassen  
mit 20 Millionen Versicherte sein. Versiche-  
rungspflichtig sind alle Lohnarbeiter, Hausge-  
werbetreibende und Angestellte bis zu 2500 Mk.  
Jahresgehalt. An Beiträgen leisteten die Unter-  
nehmer 129,8 Millionen Mk., die Arbeiter 267,7

Millionen Mk. (pro Versicherten 28,3 Mk.). Die  
Ausgaben beliefen sich auf 357,4 Millionen Mk.  
(pro Erkrankten 62,7 Mk., pro Krankentag  
3,2 Mk.), davon für ärztliche Behandlung 80,7  
Millionen, Arznei und Heilmittel 51,7 Mill.,  
Krankengeld an Mitglieder 146,2 Mill., an An-  
gehörige 5,7 Mill., Wöchnerinnen und Schwän-  
gere 6,4 Mill., Krankenhauspflege 53,1 Mill.,  
Sterbegeld 8,3 Mill. und für sonstige Leistungen  
5,3 Mill. Mk. Das Vermögen aller Kranken-  
kassen betrug 318,6 Millionen Mk. Nach dem  
Inkrafttreten des 2. Buches der Reichsversiche-  
rungsordnung werden etwa 60 Mill. Mk. mehr  
aufgewendet werden müssen. Diese Zahlen  
sprechen von einer immensen Arbeitsleistung,  
die in der Hauptache von freigewerkschaftlichen  
Arbeitern bewältigt worden ist. Durch den  
Wund eines Unternehmers wurde erst wieder  
auf dem letzten Ortskrankenkassentag in Köln  
erklärt, daß die Arbeitervertreter in den Ver-  
waltungen ihre volle Pflicht und Schuldigkeit  
tun und durchaus nicht zu misßen sind. Die Ar-  
beitgeber sollten sich an dem Pflichteifer und der  
Pflichterfüllung der Arbeitervertreter im Inter-  
esse der Versicherten und der Kasse ein Vorbild  
nehmen. Es ist daher tief bedauerlich, daß die  
Reichsversicherungsordnung die Rechte der Ver-  
sicherten beschneidet und die Aufsichtsbehörden  
betrodet sind, als Krankenkassenbeamte gebiete  
Militärs den Arbeitern vorzuziehen. Es ge-  
reicht dem Deutschen Reiche nicht zur Ehre, wenn  
es ein Verwaltungsgebiet, auf dem sich auch  
Sozialdemokraten durchaus bewährt haben, den  
Versicherten einschränkt oder gar ganz entzieht.  
Desterreich zählte im Jahre 1909 27,8  
Millionen Einwohner, darunter 10 Mill. Lohn-  
arbeiter. Für Arbeiter und Betriebsbeamte be-  
steht die Versicherungspflicht, während für die  
Landwirtschaft und Hausindustrie freie Hilfs-  
kassen vorhanden sind. An Beiträgen gingen  
64 Mill. (pro Versicherten 19,2 Mk.) ein, wovon  
für Krankenfürsorge 56,2 Mill. (pro Erkrankten  
31,22 Mk., pro Krankentag 1,81 Mk.) veraus-  
gabt wurden. Im Gegensatz zu Deutschland  
(26 Wochen) beträgt hier die Dauer für Mindest-  
leistungen der Kassen 20 Wochen.

In Ungarn wurden unter 21 Millionen  
Einwohner 3,2 Mill. Lohnarbeiter gezählt, wo-  
von 900 000 in 182 Kassen gegen Krankheit ver-  
sichert sind. Die Versicherungspflicht besteht nur  
für die in Handel und Gewerbe mit Jahres-  
verdienst bis zu 2000 Mk. Beschäftigten, wohin-  
gegen in der Landwirtschaft, im Hausdienst und  
in der Hausindustrie Beschäftigte sich freiwillig  
versichern können. Zahlen in Deutschland und  
in Desterreich zu den Zwangskassen die Versiche-  
ten  $\frac{2}{3}$  und die Unternehmer  $\frac{1}{3}$  der Beiträge,  
so sind sie in Ungarn für beide Teile gleich.  
Bereinnahmt wurden 16,4 Mill. Mk. (pro Ver-  
sicherten 18 Mk.), verausgabte 14,3 Mill. Mk.  
pro Erkrankten 44,26, pro Krankentag 2,63 Mk.).  
Die Dauer der Krankentage beträgt 20  
Wochen, für Wöchnerinnen 6 Wochen. Eine Er-

weiterung dieser Mindestleistungen ist unzu-  
lässig. Familienmitglieder erhalten freie Kur.

In Italien besteht die Versicherungs-  
pflicht nur für Arbeiterinnen im Alter  
von 15—50 Jahren. Freiwillig dürfen sich Ar-  
beiter aller Berufswege den 6335 Hilfsver-  
einen anschließen, welche 1 Million Mitglieder  
zählen, so daß von den 3,2 Mill. Lohnarbeitern  
unter 34,7 Mill. Einwohnern 2,2 Mill. im  
Krankheitsfalle ohne jede gesetzlich gewährleistete  
Hilfe sind. Dagegen besteht eine staatliche  
Mutterchaftskasse, aus der jede unterfützte  
Wöchnerin 8 Mk. Zuschuß erhält. Die meisten  
Hilfsvereine gewähren nur Kranken- und  
Sterbegeld, aber nicht Arzt und Anfallspflege.

Frankreich mit seinen 40 Millionen  
Lohnarbeitern unter 40 Mill. Einwohnern hat  
nur für Bergleute mit einem Jahresverdienst  
bis zu 2000 Mk. eine Zwangsversicherung,  
welcher 205 000 Mitglieder in 199 Kassen ange-  
hören. Von den übrigen Arbeitern aller Be-  
rufszweige gehören 4,4 Mill. wirkliche und 0,5  
Mill. Ehrenmitglieder 22 530 Kassen an. Auch  
hier leistet der Staat einen Zuschuß. Für Bei-  
träge wurden 41 Mill. (pro wirkliches Mitglied  
9,45 Mk.) vereinnahmt. Es erhielten im Jahre  
1910 578 000 Kranke 24 Mill. Mk. (pro Kranker  
40 Mk.) und 227 000 Unterfützte 16,2 Mill. Mk.  
für Alters- und Invalidenfürsorge.

Belgien mit seinen 7,4 Millionen Ein-  
wohnern, darunter 2,1 Mill. Lohnarbeiter, über-  
läßt die Krankenfürsorge den privaten Unter-  
nehmungen. Nach der Statistik bestehen hier  
3550 Hilfsvereine mit 420 000 Mitgliedern,  
welche 3,8 Mill. Mk. (pro Mitglied 9 Mk.) Bei-  
trag leisteten und 3,6 Mill. Mk. in Form von  
Unterstützungen, Arzt und Heilmitteln wieder  
zurück erhielten. Auf jeden Erkrankten entfielen  
36 Mk., auf jeden Krankentag 1,60 Mk.

In Großbritannien (Einwohner 45,2  
Mill., Lohnarbeiter 14 Mill.) sind alle Arbeiter  
und Angestellten mit einem Jahresgehalt bis zu  
3264 Mk. zwangsweise gegen Krankheit ver-  
sichert. Außerdem können sich die Nichtver-  
sicherungspflichtigen freiwillig versichern, wenn sie  
nicht über 3264 Mk. Jahresreinkommen verfügen.  
Arbeiter mit mehr als 2,50 Mk. Tagesverdienst  
zahlen wöchentlich 33 Pf., Arbeiterinnen 25 Pf.  
Beitrag, Arbeitgeber pro Beschäftigten 25 bzw.  
17 Pf. Der Staat leistet pro Versicherten einen  
Zuschuß von  $\frac{1}{2}$  des Beitrages. Bei Löhnen unter  
2,50 Mk. zahlen Arbeitgeber und Staat erhöhte  
Beiträge. Das Gesetz ist erst am 1. Juli 1912 in  
Kraft getreten. Gewährt wird freie Arztbehand-  
lung und Arznei. Krankengeld für Männer  
10,20 Mk., für Frauen 7,65 Mk. auf die Dauer  
von 26 Wochen. Nach 104wöchiger Beitrags-  
leistung bei Arbeitsunfähigkeit bis zur Wieder-  
herstellung oder zum 70. Lebensjahre eine In-  
validenrente von 5,10 Mk. wöchentlich. Bei  
Zwangsversicherung kommt nach 26wöchi-  
ger, bei freiwilliger nach 52wöchiger Mitglieds-  
schaft für versicherte Mütter und nichtversicherte

Ehefrauen verheirateter Männer eine Mutterschaftsversicherung in der Höhe von 30,50 Mk. zur Auszahlung. Außerdem wird noch freie Heilfürsorge, ionstige Anstaltspflege und Angehörigenunterstützung gewährt. Erweiterung dieser Regelung ist zulässig.

In Norwegen sind Arbeiter aller Berufsweige mit Jahresverdienst bis zu 1575 Mk. (Stadt) und 1350 Mk. (Land) zwangsweise gegen Krankheit versichert. Außerdem dienen Nichtversicherungspflichtige mit einem Jahresverdienst von 1125 Mk. oder 11250 Mk. Vermögen (Stadt) und 900 bzw. 7875 auf dem Lande sich freiwillig versichern. Von den 2,4 Mill. Einwohnern sind 0,4 Mill. Lohnarbeiter, welche 685 Kreiskassen angehören. Die Beiträge sind verschieden hoch. Es leisten die Arbeiter sechs Zehntel, Unternehmer ein Zehntel, Gemeinde ein Zehntel und Staat zwei Zehntel. Auf die Dauer von 26 Wochen werden 60 Proz. des Durchschnittslohnes an Unterstützung gewährt, freie Anstaltspflege (Wädnerinnen 6 Wochen), freie Arzthilfe für Gatten und Kinder unter 15 Jahren und den Bestehen Tagelohn bis zu 56 Mk. für Sterbegeld.

Schweden hat für seine Million Lohnarbeiter unter 5,5 Mill. Einwohnern keine Zwangsversicherung. Hier gehören 621 411 Mitglieder 2449 Kassen an, wozu der Staat einen Zuschuß leistet. Dasselbe trifft für

Dänemark mit seinen 2,8 Mill. Einwohnern und 0,5 Mill. Lohnarbeitern zu. 666 924 Mitglieder gehören 1509 eingetragenen Kassen an.

In Finnland (3 Mill. Einwohner, 0,5 Mill. Lohnarbeiter) herrscht ebenfalls derselbe Zustand, auch in

Spanien mit seinen 20 Mill. Einwohnern und 7 Mill. Lohnarbeitern, nur daß hier der Staat keinen Zuschuß gewährt.

In Luxemburg (260 000 Einwohner, 55 000 Lohnarbeiter) müssen alle Arbeiter und Angestellte im Gewerbe und Handel bis zu 2100 Mk. Jahresgehalt gegen Krankheit versichert sein. 37 736 Mitglieder gehören 63 Kassen an. Die Arbeitgeber leisten keinen Beitragsanteil, weshalb die Arbeiter verhältnismäßig hohe Summen (37,80 Mk. pro Jahr und Mitglied) aufbringen müssen. Krankenunterstützung wird auf die Dauer von 13 Wochen, Wädnerinnenunterstützung auf die Dauer von 6 Wochen gewährt, jedoch ist eine Erweiterung dieser Mindestleistungen zulässig. Die Einnahmen aus den Beiträgen beliefen sich auf 1,43 Mill., die Ausgaben auf 1,32 Mill. Mk. Pro Erkrankten

wurden im Jahre 1910 42,36 Mk. pro Kranken tag 3,48 Mk. gezahlt.

In der Schweiz ist nur freiwillige Versicherung, und zwar für alle Staatsbürger zulässig. Unter den 3,8 Mill. Einwohnern sind 800 000 Lohnarbeiter, ebensowiel Mitglieder zählen die freien Krankenkassen. Arbeitgeber dürfen zur Beitragsleistung nicht verpflichtet werden. Aber der Staat, hier Bund genannt, leistet einen Zuschuß, und zwar pro Jahr für männliche Mitglieder 2,80 Mk., für weibliche 3,20 Mk. Für Kraken, die neben ärztlicher Behandlung und Arznei auch Krankengeld gewähren, 4 Mk. für das Jahr und je 16 Mk. für Wochenbett und Stillzeit. Als letzter Staat wäre noch

Serbien aufzuführen (2,9 Mill. Einwohner, etwa 56 000 Lohnarbeiter). Arbeiter im Gewerbe und Handel sind zwangsweise versichert, wozu Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte Beiträge leisten. Auch der Staat gewährt einen Zuschuß. Nichtversicherungspflichtige mit Jahresverdienst unter 1600 Mk. dürfen sich freiwillig versichern, ohne daß Arbeitgeber einen Beitragsanteil leisten. Gewährt wird freie Kur und tägliche Geldunterstützung für die Versicherten und ihre Familien, 12 Wochen Schwangerschaftsunterstützung und gegebenenfalls auch Beerdigungsbeihilfe. (Fortsetzung folgt.)

**Mehr Pflichtgefühl!**

Mit dem Ablauf des Kalenderjahres wird, einer überlieferten Gepflogenheit zufolge, auch das Geschäftsjahr unserer Organisation abgeschlossen und dabei festgestellt, daß nicht nur die Mitgliederzahl gewachsen, die Finanzgebahrung gekräftigt worden ist, auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sich wesentlich für einen, weit über den Rahmen der von uns erfassten Mitglieder, großen Teil Berufs-genossen verbessert. Alles das ist statistisch nachzuweisen und erfüllt uns mit einem gewissen Stolz, wenn wir die uns feindlich gegenüberstehenden Kräfte an der Arbeit sehen, jederzeit bereit, die bisherigen Erfolge uns streitig zu machen und die Arbeiterchaft zu willenlosen Geloten zu degradieren. Man sollte nun mit Zug und Recht annehmen, daß wenigstens die Kollegen, die die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation im allgemeinen und die des Sattler- und Portefeuilleverbandes im besonderen durch ihren Beitritt und ihre Beitragsleistung anerkannt haben, sich auch für das Verbandsleben interessieren und in die Kreise der noch Fernstehenden einzudringen und sie für unsere gerechte Sache zu begeistern suchen.

Wenn auch Licht Schatten verursacht, so muß es doch Aufgabe aller unserer Kollegen sein, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, oder, was noch besser ist, das Licht zu stellen, daß der Raum des Schattens bis zur Unmerklichkeit verkleinert wird. Aber an dieser Mitarbeit hapert es nur allzulehr. Die jahrzehntelange Verbearbeit durch Wort und Schrift hat uns wohl eine achtmalgebietende Ermüdation geschaffen und diese wieder eine wesentliche Verbesserung der sozialen Lage, aber mit dieser Ausbreitung hat nicht die innere Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens gleichen Schritt gehalten. Wohl sind die Massen gewachsen, aber den Kern der Aufgaben unseres Verbandes hat leider ein großer Teil unserer Mitglieder nicht begriffen. Mag sein, daß andere Organisationen dasselbe Klagedie zu singen haben, uns soll es nicht abhalten, einmal offen zu sagen, was ist, und es nicht bei der bloßen Feststellung zu belassen, sondern ernstg daran zu gehen, die Ursachen zu ergründen und alle Hemmnisse wegzuräumen, damit endlich jedes Mitglied weiß, warum es organisiert ist und weshalb seine Mitarbeit so dringend notwendig ist.

Als mit dem Falle des Sozialistengehekes auch die engsten Fesseln der Gewerkschaften fielen, war es ein kleines Häuflein tatkräftiger Genossen, die aus innerer Erkenntnis heraus, unter Sündenanehung ihrer eigenen Person, das Evangelium der Arbeiterbefreiung in alle Hütten, Fabriken und Arbeitsstätten trugen. Ihre Lehren und Anregungen fielen auf fruchtbaren Boden. Die Arbeiter erkannten ihre unwürdige Lage. Schneller, als gedacht, wuchs das kleine Häuflein zu einem Millionenheere. Die organisatorische Arbeit nahm alle Kräfte so in Anspruch, daß wenig Zeit für Belehrung der neugewonnenen Massen übrig blieb. Dazu kam die Entlohnung der gemachten Verprechungen in bezug auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Nach getaner Erwerbsarbeit waren diese Aufgaben nicht mehr zu bewältigen, man schritt zur Anstellung von Gewerkschaftsbeamten und wählte dazu, was ja natürlich ist, die befähigsten Köpfe. Doch das Maß von Verwaltungsarbeiten und das Verantwortlichkeitsgefühl nahm die Beamten so in Anspruch, daß ihnen leider wenig Zeit für Bildungszwecke übrig blieb. Ist das an sich schon bedauerlich, so ist es noch viel bedauerlicher, wenn die bisher rührig gewesenen Kollegen sich mit der Ausrede von der weiteren Mitarbeit drückten: „Wir haben ja jetzt bezahlte Beamte, die mögen nur das tun, was wir bis jetzt nach Feierabend im-

**Arbeiter- und Gesellenbräuche.**

Ein Stück Kulturleben aus der Vergangenheit. (Nachdruck verboten.)

H. Kr. Der bekannte Bahnbrecher auf dem Gebiete der Handwerks- und Gesellengeschichtsforschung Wilhelm Stahl hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß man von den alten Handwerker- und Gesellengebräuchen dann ein Zerrbild erhalte, wenn man sie nach den Meisten beurteile, welche zuweilen noch bei den wandernden Handwerksgesellen bis in die neuere Zeit herein sich erhielten. Von diesen Epigonen des alten Gesellentums schrieb Stahl 1874: „Auch der Handwerksbursche, wie ihn Lebende noch gesehen haben, hält ja wohl noch manche alte Gebräuche und bedient sich lang herkömmlicher Formen, er spricht den Meister wohl mit den Worten „mit Gunt“ an, setzt dabei vorchriftsmäßig den einen Fuß vor, stecht den Daumen der einen Hand in den ungeknöpften Rock und hält in der anderen Hand Hut und Stod; aber er gleicht trotzdem den alten Gesellen so wenig, als er den Sinn und die Bedeutung der Regeln, die er befolgt, und der Sprüche, die er her sagt, kennt.“

In früheren Jahrhunderten hatten die später als läppisch betrachteten Mebensarten für den Handwerker und Gesellen, der sie gebrauchte, vollen Sinn, der freilich mit dem Bedürfnis verloren ging und den Nachfolger nur eine taube Auß juristisch. Den Mebensarten und Bräuchen der Handwerker- und Gesellenteile lag oft ein tiefer Sinn und eine besondere Bedeutung zugrunde. Namentlich spielte dabei der Umstand eine wesentliche Rolle, daß die alten Handwerke zugleich gewerbliche und polizeiliche Funktionen zu verrichten hatten und ein besonderes Justizgericht bildeten. Das alte Rechtsleben vollzog

sich aber unter ganz bestimmten traditionellen Rechtsformen, deren Bedeutung den späteren Generationen nicht mehr recht klar war und deren Symbolik später immer unverständlicher werden mußte. Manche Rechtsbräuche und Rechtssymbole haben sich auch in der Sprache des Volkes bis in die neueste Zeit herein erhalten, der eigentliche Sinn ist aber in dem Bewußtsein der Jetztzeit mehr und mehr verblaßt. Auch der tiefere Kern, der den Bräuchen und dem Zeremoniell der Handwerke und Gesellen vielfach zugrunde lag, kann von uns, die wir lediglich oft nur noch die äußere Schale und die leere Form vor Augen haben, nicht mehr nach seiner vollen Bedeutung und nach seinem ursprünglichen Gehalt gewürdigt werden. In Wirklichkeit können die Bräuche und Sitten der Handwerke und Gesellen, die sich bei dem noch existierenden Körperlichkeitsgehalte in alter Zeit in bestimmten Normen herausgebildet, unter volles Interesse beanspruchen. Einige der interessantesten aus der Fülle jener traditionellen Bräuche mögen im folgenden in zwangloser Folge der modernen Generation ins Gedächtnis zurückgerufen werden. Das Springen durch die Türe. Stahl erwähnt des fonderbaren Zeremoniells, das bei den Hutmachern bei der Aufnahme als Lehrling üblich war; der Lehrling mußte so oft zur Türe herein springen, als er Lehrjahre zu bestehen hatte; in analoger Weise mußte er bei der Losprechung so oftmal zur Türe hinaus springen, als er Lehrjahre bestanden hatte. Weit vielfältiger waren die Zeremonien beim Gesellenmachen, das sog. Hänfeln, worüber wir noch gelegentlich in einem ausführlichen Artikel uns besonders verbreiten wollen.

Der Eid auf das Schwert. Die alten Rechtsformen vollzogen sich früher unter weit feierlicherem Zeremoniell als heutzutage. Rechts sym-

bole und Rechtsaltersriten spielten auch im Handwerks- und Gesellengericht noch lange in die neuere Zeit hinein eine große Rolle. Wie man im Mittelalter beim Schwur die Hand auf dem Schrein mit den Meilichen der Heiligen in der Kirche legte oder aber auf ein Schwert, das auf dem Nichtertisch lag, so vollzogen sich auch die Verbindungen in die Vollgenossenschaft aufzunehmenden Meisterkandidaten vielfach in recht zeremoniöser Weise. Besonders anschauliche Schilderungen dieses Zeremoniells bei der Aufnahme der Gesellen in die Meisterschaft nach bestandener Prüfung geben die Lüneburger Bäckere Rolle vom Jahre 1600 etwa, und die Schneiderrolle vom Jahre 1552. Hatte der Geselle die Prüfung bestanden, so sagte der älteste Meister zu dem neuen Bäder: „Komm her, ich will Dir hier das Amt (Handwerk) auflassen, daß Du daselbst mit brauchen sollst. Lege Deinen Finger in mein Venith oder Hut; nun laß ich Dir das Amt auf, daß Du es sollst mit gebrauchen, zu dem ersten, andern und dritten Male. Daß Du Gott Glück verleih mit unfremem Amte!“ Die Verbindungs des neuen Meisters in der Morgenprache (Versammlung der Vollgenossenschaft) geschah auf besonders feierliche Weise: Vor den versammelten Meistern wird ein Schwert auf den Tisch gelegt, welche eine Spanne lang aus der Scheide gezogen ist. Kommt der Aufzunehmende dann herein und trägt einen Mantel, so muß er diesen ausziehen und hat er einen Meien oder Gewehr an der Seite, so muß er auch diese ablegen, dann hat er die Finger auf das Schwert zu legen und den vorgeschriebenen Eid zu leisten. Abschließ ging es auch bei der Schneiderversammlung zu; auch hier muß der neue Meister mit dem Finger in den Hut greifen usw. Bei den übrigen Handwerken Lüneburgs, von denen uns

entgeltlich getan haben." Leider haben diese Kollegen vergessen, daß mit dem Wachstum der Gewerkschaften auch ihre Aufgaben gewachsen sind. Wenn vor zwanzig Jahren der Hauptwert eines Beamten auf rednerische Begabung gelegt worden ist, so haben sich doch jetzt die Verhältnisse wesentlich geändert. Die Gewerkschaften sind jetzt vor Aufgaben gestellt, die zu lösen früher niemand geahnt hat. Wir erinnern nur an die Aufnahme von Vermögensstatistiken, Volksversicherung, Arbeitsnachweise, Arbeitskammern, Bildungsbestrebungen, Unterstützungs-einrichtungen, Verbands- und Gewerkschaftshäuser und neben noch vielen anderen nicht zu lezt die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Kurz gesagt, eine ganz neue Gewerkschaftstheorie ist entstanden, die zum Nutzen der Arbeiterschaft in die Praxis umgesetzt werden muß, was aber nicht gelingen wird, wenn auch die Zahl der besoldeten Beamten verdoppelt wird, solange die in Arbeit stehenden Kollegen ihre Mitwirkung verweigern.

Auf einen anderen Umstand sei noch hingewiesen. Als vor 23 Jahren die Gewerkschaftsbewegung in Fluß gekommen ist, hatte sie nur geringe Erfolge aus der Vergangenheit zu verteidigen. Ihr eifrigstes Streben war, auf allen Gebieten neues Terrain zu gewinnen und als gleichberechtigter Faktor im Produktionsprozeß geachtet zu werden. Zum Teil sind diese Projekte verwirklicht worden. Durch die Tarifbewegung sind zum großen Teil die Arbeitskämpfe in andere Bahnen gelenkt. Streiks und Ausperrungen kommen als letztes Mittel zur Anwendung, wenn alle diplomatischen Verhandlungen gescheitert sind. Auf diese Weise und ohne offenen Kampf sind viele Kollegen in den Genuß besserer Arbeitsbedingungen gekommen und vermerken nun, ohne sich selbst um ihre Angelegenheiten kümmern zu brauchen, werden mit jedem neuen Tarifabschluß rein automatisch die Löhne erhöht und die Arbeitszeit verkürzt. Je kürzer nun die Tarifdauer bemessen ist, je schneller kommen sie in den Genuß besserer Arbeitsverhältnisse. Aus dieser Auffassung heraus erklärt sich auch die Mißstimmung gegen eine längere Tarifdauer oder gar oft die ablehnende Haltung gegen jeden Tarifabschluß. Bei dieser Stellungnahme zeigt sich zur Evidenz das mangelnde Wissen auf dem Gebiete der Weltmarkts-, Zoll- und Handelspolitik. Bei dieser Gelegenheit sei noch einiger unwürdiger Zustände gedacht. Die Abneigung gegen Tarife geht oft sogar so weit, daß als gut anerkannte Tarifbestimmungen, deren Erringung einen langwierigen, mit ungeheuren Opfern ver-

füßtesten Kampf wert erdienen, von den Arbeitern nicht beachtet, ja teilweise als Feisel betrachtet werden. Man sollte meinen, die Verkürzung der Arbeitszeit hat nur Freunde unter den Arbeitern. Dem ist nicht so. Das Ueberarbeiten und das „Lunibusschieben“ findet immer noch seine Verteidiger. Die Altersgrenze für Heimarbeiter soll junge Leute von der Heimarbeit fernhalten, sie kehren sich nicht daran. Die Heimarbeit soll beieitigt werden, die Anzahl der Heimarbeiter vermehrt sich. Während der Tarifdauer haben die Arbeiter das Recht, bei Festsetzung der Löhne mitzuwirken. Es gibt Arbeiter, die, anstatt von dieser wichtigen Bestimmung Gebrauch zu machen, sich die Löhne reduzieren lassen und hinterher über den Verband schimpfen, daß er hier nicht regelnd eingreift. Solchen unheilbringenden Zuständen ein Halt zu gebieten, muß Aufgabe aller ehrlich denkenden Kollegen sein. Hier kann nur rege Mitarbeit jedes einzelnen Besserung verschaffen. Wen Grund auf muß aufgebaut werden. Regelmäßiger Versammlungsbesuch und Studium der Arbeiterpresse sind anerkanntermaßen die besten Mittel gegen geistige lethargie. Wie sieht es aber damit in unserem Kollegenkreise? Wir sind die letzten, die unseren Kollegen verübeln, wenn sie in ihrer freien Zeit sportlichen und unterhaltenden Veranstaltungen nachgeben. Was wir streng verurteilen, ist, daß dies auf Kosten der Arbeiterbewegung geschieht. Wir sind der Meinung, zu den Verpflichtungen der Familie gegenüber gehört in erster Linie Anteilnahme an der Gewerkschaftsbewegung, wer hier nachlässig ist, schadet sich selbst, seiner Familie und seinen Kollegen. Wie sieht es nun bei uns aus? Alle Versammlungsberichte bedauern den schlechten Besuch. Werkstattvertrauensleute sind schwer anzutreiben, und wo sie sind, sind sie nicht auf längere Zeit zu halten, weil die Kollegen den Vertrauensmann in vielen Fällen nicht so beachten, wie es ein Mann ihres Vertrauens zu verlangen berechtigt ist. Wir sind überzeugt, tritt hier ein Wandel zum Besseren ein, nicht der jüngste, erst kurze Zeit im Betriebe beschäftigte Kollege wird zur Annahme dieses Postens gepreßt werden müssen, sondern ältere, tüchtige Kollegen werden sich bereit finden, die Interessen der Kollegenschaft zu vertreten, wenn unser Wahlpruch in die Tat umgesetzt wird: „Einer für alle, alle für einen!“ Dann müssen zwecks Austausch der Meinungen regelmäßig Werkstattversammlungen stattfinden, in denen Mißstände und notwendige Verbesserungen besprochen werden. Ebenso notwendig ist das regelmäßige Statt-

finden von Sitzungen der Werkstattvertrauensleute. Auf diese Weise werden in den Mitgliederversammlungen Ortsverwaltungsangelegenheiten angeschaltet und dienen lediglich der Aufklärungsarbeit. Wo Verwaltungsstellen aus eigenen Mitteln einen tüchtigen Referenten nicht stellen können, muß verücht werden, mit anderen Gewerkschaften gemeinschaftlich zu tagen. Die Quartalsversammlungen dienen rein geschäftlichen Angelegenheiten; ab und zu wird eine öffentliche Versammlung veranstaltet, um so das Augenmerk der Unorganisierten auf den Verband zu lenken. Stellen dann noch die Kollegen ihre Mitarbeit bei der Hausagitation zur Verfügung, dann lassen sich die Opfer vom einzelnen ertragen und es wird etwas geleistet, was im Interesse aller Kollegen und Kolleginnen liegt.

Wenn wir daselbe Lied schon früher und oft gesungen haben, wenn wir seit langer Zeit unsere Kollegen zur Mitarbeit aufgefordert haben, ohne wesentlich anderes zu erzielen, als die Mitgliederzahl zu erhöhen, ohne ein tieferes Wissen der Gewerkschaftsbewegung bei den Kollegen zu hinterlassen, so liegt das nicht an der Unfähigkeit der Funktionäre, sondern an der Teilnahmslosigkeit unserer Kollegen. Hier muß der Hebel angelegt werden. Lohnbewegungen und Erfolge lassen sich nicht aus dem Ärmel schütteln; sie müssen durch jahrelange Mitarbeit aller Kollegen vorbereitet werden. Wer da versagt, wer da untätig bleibt, hat kein Recht, sich zu beschweren, wenn seine Wünsche in bezug auf die fernere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erfüllt werden.

Um kurz zu resumieren: Wer die ernste Absicht hat, bald bessere Verhältnisse im Berufe eingeführt zu sehen, der schütze sich dem Verbands der Sattler und Portefeuller an, werbe neue Mitglieder, lese die Arbeiter- und Verbandszeitung, besuche die Werkstattsitungen, spreche sich dort aus und stehe mit seiner ganzen Person auch für seine Worte ein.

Lebe niemand in dem törichtem Glauben, mit seiner regelmäßigen Beitragsleistung allein seine Pflicht als Träger des Klassenkampfes getan zu haben. Jedes Verbandsmitglied sollte es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, an dem Erziehungswerk der Massen mitzuarbeiten, auf daß Solidarität, Disziplin, Selbstbewußtsein, Rechtsbewußtsein und Pflichtgefühl nicht leerer Schall

derartig ausführliche Schilderungen nicht vorliegen, werden in älterer Zeit analoge Zeremonien beobachtet worden sein.

Ausführliche Angaben über Bräuche und Sitten der Handwerke und Gesellen in der Vergangenheit finden wir besonders in dem Belexischen Kunsthandlungs-, Berg- und Handwerkslexikon aus dem Jahre 1722, dem wir die nachstehenden Auszüge im Wortlaut des Originals entnehmen wollen; sie geben uns einen anschaulichen unmittelbaren Einblick in das Handwerks- und Gesellenleben in der Vergangenheit.

**Vor offener Lade.** Bei den Handwerkern ist die Lade gebräuchlich, in welcher auf den Bertragen oder auch Zusammenkunftshäusern oder bei den Meistern oder auch bei den Meistern, an welchen die Reise und das Jahr ist, die Handwerksprivilegien, Briefschaften und Statuten, auch wohl ihre Vorräte an Geld und Silbergeschirr aufbewahrt werden, mit großer Prozession und Zeremonien ausgetragen. Vor offener Lade sich versammeln, davor Rede und Antwort stehen, heißen gewisse Handlungen, welche, wenn das ganze Handwerkamt zusammenberufen wurde, vor derselben geschehen. Einige Handwerke haben auch ihre sogenannten Obertribunale in gewissen Reichsstädten, von welchen die Statuten, welche nicht von der Einzelkunst ausgemacht wurden, gleichsam zur Appellation an die Hauptlade devolviert und dort völlig entschieden werden. Die Lade ist auch ein Zeichen des gegebenen Gerichts. Daher werden besondere Formen beobachtet, wenn man vor offener Lade sich versammelt und davor Rede und Antwort steht. Die Zeitliche Väterordnung vom Jahre 1600 enthält die Bestimmung, daß keiner, der dieses Handwerkes ist, sich unterziehen solle, er sei Meister oder Geselle, seine Waffen, es sei Peil, Agi oder

Messer, vor die offene Lade zu bringen; im Falle, daß der eine oder andere solche Waffen bei sich hätte, solle der Vormeister derselben, ehe sich jemand an den Tisch niedersetzte, abfordern; würde sich einer dagegen wehren, so soll er diesmal beim Handwerk nicht geduldet, sondern mit Geld bestraft werden.

Weil die Gesellen in etlichen Hünften neben den Meistern zu den Zusammenkünften nicht zugelassen werden, insgemein aber ihre Bierwogengebote für sich selbst halten dürfen, so haben sie zu diesem Zweck auch eine Lade und sog. Ladengesellen oder aber, wenn die Gesellschaft nur schwach, auch nur eine Büchse und Büchsenstellen. Zu solchem Amt wird ordentlich der Besteite zugelassen, sofern er nur sonst rein und nicht widriger Sette zugetan ist; bei manchen Handwerkern sind es zwei, drei und wohl auch vier. (Schluß folgt.)

**Auch zehn Gebote für Gewerkschaftsmitglieder.**

- In einigen Handwerkerorganen werden nachstehende, zwar ironische, deshalb aber nicht weniger zutreffende Paragrafen veröffentlicht. Wir waren so frei, einige stimmungsgemäße Änderungen daran vorzunehmen und sie so unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen.
1. Benütze jede Gelegenheit, über deinen Verband loszugucken und meide soviel als möglich den Besuch der Versammlungen.
  2. Wenn dir bei deinem Arbeitgeber Widerwärtiges passiert, so mache deine Organisation fahrbare und drohe mit deinem Austritt.
  3. Unterlasse nicht, Unbeteiligten gegenüber stets zu betonen, daß die Tüchtigkeit deiner Verbandsfunktionäre nichts wert sei.

4. Wenn du mit einem Kollegen Differenzen bekommst, so lasse das deinem Verbande entgelten und stelle deinen Austritt in Aussicht. Du wirst damit deinem Vorstand Freude machen und dessen Arbeitsfreudigkeit erhöhen.

5. Hüte dich, berechnigte Klagen in deinem Verbands zur Sprache zu bringen oder deinem Vorstande mitzuteilen. Alle Mißstände muß die Organisation von selbst beheben, dazu ist sie da.

6. Unterlässe alles, was andere Nachteiliges über die gewählten Vertreter deiner Organisation sagen; was sie tun, tun sie doch nur aus persönlichem Interesse.

7. Unterstelle allen, die Arbeit für die Gewerkschaft verrichten, daß sie das nur aus Ehrgeiz oder aus eines Amtes willen oder wegen persönlicher Vorteile tun. Hüte dich aber sorgfältig, etwas für deine Gewerkschaft zu tun, damit du nicht selbst in der gleichen Weise beschuldigt wirst.

8. Wenn du etwas gefeierter als andere bist, so lauer, bis einer aus dem Vorstande einen Fehler begeht. Dann falle über ihn her. Mit deinen besseren Gedanken halte unbedingt solange zurück.

9. Vergesse nie, aus „prinzipiellen“ Gründen kein Amt im Verbands anzunehmen, denn du bist die Würze der Versammlungen. Wärest du nicht, so würden die Beschlüsse der Versammlungen niemals das Richtige treffen.

10. Wenn einmal ein nach deiner Ansicht richtiger Beschluß gefaßt wird, so widerspreche demnach, sonst wärest du nicht derjenige, der alles besser weiß.

Wenn du das alles tust, so darfst du dich rühmen, als ein gefeierter Mann angesehen zu werden, der eigentlich „der Richtige“ wäre, aber aus „Prinzip“ sich zu keinem Amte wählen läßt.

und Rauch sind. Jeder einzelne, der unseren Wahrspruch:

**Wissen ist Macht!**

betätigt, der von den gebotenen Bildungsbestrebungen Gebrauch macht, der wird als ein ganzer Mann im Kampfe der Arbeiter seine Befriedigung finden, die dann auch zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung ausschlagen wird.

**Vier wichtige Resolutionen des Chemnitzer Parteitag.**

**Zur Jugendbewegung.**

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich sozialistische Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das ernste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch regere Vereinaktivität, durch Versammlungen, Vortragsfeste, musikalische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle diese Maßnahmen sind keine Fiktion, sondern als solche unpolitisch.

Dagegen behält für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterjüngung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und verdeckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer verichtet wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat um die geistige und körperliche Hebung der schulentlassenen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des häuslichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswezens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerstand gegen die partielle Unterjüngung unfortschrittlicher, bürgerlich sozialdemokratischer, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemeinen kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedenen Einspruch gegen das heuchlerische Gebahren und gegen die mühsamen Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kreisabenden und in der eben nachlässiger militärischer Heuchlerischen eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Veredelung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkeles und der Neve gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre unerlässlichen Bildungsarbeiten an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freibewilliger und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

**Zur Teuerung.**

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der jüngsten Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt hat, während die arbeitenden Massen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampfereigenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisation beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Verreicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Massen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privatigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzpolitik Teufelslands die Ursache der unerschütterlichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Befreiung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheure Steigerung der Reue der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite

bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuerwesens mit dem Ziel der Befreiung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsteuern.

Der Parteitag fordert die Befreiung des Zinssens der Eintragskassen, die Aufhebung aller Lebensmittelpölle und der Pölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitzern auf Kosten der häuslichen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Mangelnot die sofortige Aufhebung der vielen Fleischpölle, die Leistung der Steuern für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerschütterlicher gesundheitslicher Nahrungsmittelregeln und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Weizenfleisch, dauernd zu ermöglichen.

Dieses Junfer und Scharfmacher, welche die Aushungern des Volkes durch ihre Zollmehrpölle verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erschöpfen. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerlässlich und fordert die arbeitende Masse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Unfähigkeit der kapitalistischen Massenregierung gegenüber dem jacobinischen Rohhand der Massen mit aller Macht fortzuführen.

**Zum Imperialismus.**

Die unter Verklammerung der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertigungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftslieben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die häuslichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienbar zu machen, von dem Wirtschaftszweig der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenz auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutale Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren völkerverfeindlicher Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Im Weltzuge siegreich durchzuführen und den Kampf in Sicherheit zu bringen, werden die Nordwestwege vernebelt und verhofft.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalienklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwicklungen und scharfe Gegenstände, die wiederum den Antrieb für bis zum Wahnsinn vermehrte und verstärkte Kämpfe geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verstärkt durch die schamlose Bege der Kapitalmagnaten und Junfer, die an der Vierung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Weapenapparates und der leitenden Stellen in Meer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Vann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Meer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen unter aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nichts feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag behandelte den entschlossenen Willen, alles anzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettstreit ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegenreißt.

Der Parteitag fordert an Stelle beengiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Befreiung des mit der Verödung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und gemeinschaftlichen Organisation des Klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Macht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergeworfen ist. Mit es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufeleiter abgedrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbstständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

**Gegen die Gewalttätigkeiten der Arbeitwilligen.**

Die Tatsache, daß die Rälle sich mehr und mehr friedliche Personen durch Arbeitwillige schwer unbehelligt, sogar niedergeschossen werden, verurteilt den Parteitag zu scharfem Protest gegen die planmäßige Bewaffnung der Arbeitwilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttätigkeiten dieser Personen. Die Fraktion wird aufgefordert, in geeigneter Weise diese Mißstände zu brechen, die von Arbeitwilligen herüht werden, zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Ausnahmehandlung dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht werde.

**Vom Diskussionsreden.**

Die Diskussion beginnt da, wo das Unterhalten, das Gespräch des Alltags oder das gebanente Fachbereden, der Schwab, aufhört. Sie ist der mündliche (oder auch der schriftliche) Austausch von Gedanken über ein bestimmtes, also genau umgrenztes Thema.

Nach in jeder Diskussion kommt es vor, daß die Diskutierenden einander vorbereiten, daß sie mit oder auch ohne Wissen und Willen über die Sache hinausschweifen. Wer zum Thema etwas zu sagen hat, soll dieses vorher genau kennen, wenn er die Gedanken nicht mehr verwirren als klären will.

Ihr Zweck ist also: Klarheit in uns schaffen.

Ueber die Dinge und ihren Zusammenhang klar zu denken wie über die Menschen und ihr Verhältnis zueinander ist für uns so notwendig geworden wie Essen und Trinken. Alles, was uns über etwas klar macht, was geeignet ist, klare Vorstellungen und Gedanken in uns zu wecken, ist gut für uns. Aber klare Taten lernen wir auch im Unterricht durch Lesen, durch alles Studium, und schon im einfachen Anschauen der Dinge werden sie uns deutlicher, als der Begriff sie uns vorstellen kann. Die Diskussion verschafft uns Klarheit dadurch, daß sie uns geistig macht, das anzuhören, was andere über das Thema zu sagen haben, daß sie uns zwingt, die Meinungen vieler zu vergleichen und fremde Ansichten an unseren eigenen zu prüfen. Sie ist eine Art Unterricht, die uns auffordert, selbst die Wahrheit mitzujagen; sie nötigt uns, unsere Gedanken in Worte zu fassen, stellt unseren persönlichen Mut auf die Probe und bildet unseren Charakter. Für jeden Lernenden von großem Wert, und da der Mensch nach dem bekannten Sprichwort nie auslernt, ist sie für den Menschen eine Schule. Dinge und Menschen kennen zu lernen, denn nicht zuletzt lehrt uns die Diskussion die Menschen kennen.

Vor anderen Arten des Unterrichts hat sie voraus, daß sie mehr als jede unter sich in den Mittelpunkt der Sache stellt, daß der Mensch mit dem Thema innig verbunden wird, sobald er an der Diskussion teilnimmt. Aber in nicht das Trennen der Person von der Sache bei jedem sachlichen Besprechen geradezu eine Pflicht? Gewiß. Und doch geht die Person und die Sache in der Diskussion zu einem höheren Ganzen zusammen. Vielmehr: sie sind untrennbar verbunden. Die Person spielt in der Diskussion darum eine so wichtige Rolle, weil sich diese nur aus persönlichen Erfahrungen zusammenfügt. Vielleicht nirgends leichter als beim Diskutieren wird einem Beobachter klar, daß sich das Wissen der Menschen nur aus solchen Erfahrungen aufbaut.

Das „persönlich werden“, das besteht darin, daß sich einer aus Mangel an Erfahrungen und Gedanken zum Kerger und zum Schwätzen hinreißt, läßt, ist eine schwache Seite des Menschen, die der Diskutierende überwinden lernen muß. Mit größter Sachlichkeit reden ist eine Kunst, die nur wenige verstehen. Sachlich reden ist ebenso schwer wie sachlich leben oder sachlich handeln. Bienenfisch erwarten sich die Menschen, verstünden sie sachlich zu reden und zu handeln! Die höchste Sachlichkeit gilt in unserer Zeit als die Grundlage des Schönen. Aber diese Sachlichkeit erfordert strenges Nachdenken, wo-

zu uns die Diskussion erziehen soll. Darum diskutieren wir.

Die Diskussion soll uns zu Kämpfen machen, sagt du. Ist das nicht auch bloß eine Redensart? Wir werden keine oder schlechte Kämpfer, wenn uns das Denken fehlt. Die Tatsachen, die wir fühlen und sehen, machen uns zum Kämpfer, die Diskussion zum bewußten, klaren, willensstarken Kämpfer. Ein verwerreter Kopf taugt so wenig zum Kämpfer wie ein fauler. Vom Unrechtsfühlen bis zum Kämpfen ist freilich ein weiter Weg, auf dem die Worte und Begriffe viel Arbeit verrichten. Aber das Unrecht muß erst da sein, bevor es gefühlt und dann erkannt, dann ausgesprochen und endlich bekämpft werden kann.

Zunächst gilt es für dich, von dem Aberglauben loszukommen, daß du nicht reden darfst. Wenn du damit beginnst, täglich halb so viel zu reden als bisher und dafür zu dem, was dir zu sagen übrig bleibt, einiges denken willst, hast du schon viel gewonnen. Alle Redekunst beginnt mit Wenigerreden und Mehrdenken. Die Kunst vor dem Väterlichen machen ist für dich; andere im Tonfall nachzuahmen, in der Gebärde und im Sarkasmus, ist kindisch. Rede wie du denkst, dann redet du gut, denn dann bist du wahr in deiner Rede, und das ist mehr wert als Schmuckel, Gewandtheit und Gelehrtheit. Daß du wirklich vor dem Reden gedacht und bist du dann noch so schwer im Ausdruck, wird dich doch jeder gern an hören. Einige der besten Redner aus der Geschichte lernten das Reden so schwer, daß ihr Beispiel sprachwörtlich wurde. Strebe nicht danach, ein Schönredner zu werden, das kann dich leicht zum Unwahren verführen. Unsere besten Redner wurden es durch ihre ungeheure Gedankentätigkeit und lautere Gesinnung.

Eine gutbegründete, das heißt durchdachte Weltanschauung erfordert viel Fleiß; Grundsätze sind das Ergebnis langem Nachdenkens, das merktst du bald in der Diskussion.

Alle Menschen fühlen mehr oder weniger stark das Bedürfnis, ihr Licht leuchten zu lassen oder ihre Person geltend zu machen. Bei einigem Aufmerken merkt du schnell, wer sein Licht erborget und ferner die Unarten der Redner beim öffentlichen Meinungsaustausch. Du bemerkest die darum so leicht, weil es ihrer unzulängliche sind. Bräutlichkeit du es fertig, sie alle zu umgehen, würdest du bald der beste Diskussionsredner. Die größten Scharnier machen die, die am wenigsten reden. Niemand kannst du in fünfzig Reden etwas besser oder klarer oder schöner sagen, als du es mit einfachen Worten fertig bringst. Gute Reden vor den sogenannten Schlagrednern, denn sie haben alle etwas Unwahres an sich, wenn sie auch noch so hoch tönen, blande ihnen nie reißlos, unterjuche ihren wirtlichen Wert, also die Summe der Erfahrungen, die sie bezeichnen.

Die zweideutigen Redner sind fast immer Heuchler, vor ihnen und vor denen, die gern Pflichten machen in ihrer Rede, mußt du dich in acht nehmen. Die nie ein Unrecht entgehen wollen oder können, kannst du ruhig laufen lassen, denn sie sind nicht ernst zu nehmen. Wer solche Mänter braucht, hat sachlich wenig oder nichts zu sagen. Wer bloß wegen des Beifalls redet und wer einen dreimal ausgesprochenen Gedanken noch ein viertes mal wiederholt, damit auch er unter den Rednern stehe, betrügt sich wie eitle Kinder und bedarf der Rute. Am gefährlichsten sind die, die von sich glauben oder sagen, sie könnten so und auch anders; sie sind die wirklichen Giftträger in der Diskussion, die Jesuiten, so genannt, weil diese in ihren Schulen zu gleicher Zeit für und wider eine Sache reden lernen müssen.

In der Diskussion kannst du unbekannt um den Erfolg reden; die Form kann zurücktreten, nur das wirklich Erfahrene, der Gedanke, die nackte Tatsache wirken. Dann kommst du der höchsten Sachlichkeit am nächsten. Du sollst das Eisen als Eisen, das Holz als Holz behandeln, der Natur und deiner Rede keinen Schmuck anhängen.

Du sollst zum Beispiel bei einem Diskurs über die Naturgesetze nicht sagen, die Natur liebt es, ihre Zwecke mit den einfachsten Mitteln zu erstreben, denn du weißt nicht, ob die Natur Liebe oder Mittel oder Zwecke kennt, wenn es auch hundert Dichter behaupten. Du sollst auch nicht sagen, in der Natur ist alles möglichst einfach eingerichtet, weil du nichts von einem Einrichter weißt, auf den man aus deiner Rede schließen kann. Du wirst etwa sagen: Der Mensch macht ständig Erfahrungen (das versteht jeder), mit Hilfe seiner Sprache vertritt er diese Erfahrungen in feste Regeln zu bringen, die er Naturgesetze nennt. Aber er weiß nicht, wie weit sie gelten, denn sie sind ja abhängig von seinen Sinnen, seiner Sprache, seinem Denken und von diesen anderen, was er nicht genau nachprüfen kann.

Du siehst also, daß es schwer ist, sachlich zu diskutieren. Aber du kannst es lernen, wenn du den festen Willen zum Denken mitbringst.

Strassburger Brief.

„Scheint die Sonne noch so schon! Einmal muß sie untergeh.“

Nach ja! Der goldene Sonnenschein. Wir haben ihn dieses Jahr nur selten gegrißt. Regenwetter! Wieder Regenwetter, das war die Signatur der Hochsommerzeit. Und erst die letzten Tage scheint sich die Sonne auf ihre Pflichten zu besinnen. Es scheint, sagen wir, ja, wir trauen nicht recht. Soll es wohl doch noch ein paar warme Verdunstungen geben? Freileicht! Wir hoffen. Seit einigen Tagen ist es ja ganz nett. Schon in den trüblichen Morgenstunden lugt die Sonne über die blaugrauen Schwarzwaldkämme nach der alten Ministerstadt. Vorsichtig nähert sie sich. Nicht vernohlen in die engen Gassen und Wägen, in die Winkel und Höfe, in die sie sich nur im Sommer Zutritt erzwingt und die sie jetzt bei aller Anstrengung nicht mehr ausrocknen wird. Langsam wendet sie dann nach Westen, die Schatten fallen schräg und lang. Und mit dem händigen Sinken findet sich der Einzug des Herbstes an.

Sobald die Tage wertlich kürzer, die Abende aber länger werden, regt sich das Verbands- und Veramittlungsleben. Die Zusammenkünfte haben besseren Zuspruch und die Diskussionen gewinnen durch die zinnmetliche Behaglichkeit. Diese Zeit ist nicht ungeeignet zur Aufnahme intensiver Agitation Einmal schon aus vorbereiteten Gründen und fernerhin auch zur Ausübung der Herbstmission, welche um diese Zeit im Schwung ist und mehr oder weniger zu den günstigsten Konjunkturschnitten zu rechnen ist. Auch in noch verschiednen anderer Weise läßt sich diese Zeit erntend und befruchtend für das Verbandsleben ausnützen. Die Zeit zum Lesen gewinnt um diese Zeit frischen Trieb. Zeitungen und Zeitschriften können ihre Auflage vermehren. Hier erschließt sich für die Gewerkschaften ein weiteres Feld. Als ein großer Bestand muß es bezeichnend werden, daß noch ein großer Teil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter der Parteipresse gleichgültig gegenübersteht. Die Erkenntnis, daß wir zur Durchführung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben auf die Unterstützung der politischen Tagespresse angewiesen sind, hat sich immer noch nicht durchgerungen. Ein ziemlich gründlich organisierter Arbeiter bezieht seine gewöhnliche Kost aus den sogenannten „unparteiischen“ Blättern. Dieselben Zeitungen, die keine Gelegenheiten vorübergehen lassen, die ihnen willkommen erscheint, die Aktionskraft der Arbeiter zu schwächen. Dieselben Zeitungen, die fast täglich von Streifbretcherinfanterien wimmeln, die jedem Erguß des Unternehmertums über die Begehrlichkeit der Arbeiter willig ihre Spalten öffnen. Die in ihrem redaktionellen Teil Arbeitswillige, auch wenn sie noch so zweifelhafter Art sind, unter ihre schützenden Fittiche nimmt und gegen den angeblichen Terrorismus der im Lokaltampf stehenden Arbeiter unter Erzählung erfundener und aufgebauhter Schauermärchen das menschenmögliche leistet. Diefelbe Zeitung wird, es mag wie Hohn, zum großen Teil von der organisierten Arbeiterkraft bezahlt. Hier ist es Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen, einzugreifen, aufstrebend zu wirken und die Kollegen zum Abonnement einer Zeitung zu veranlassen, die ihrem Standesinteresse förderlich ist. Im Verfolg dieser Absicht war am 17. September seitens unserer Filiale eine außerordentliche Versammlung einberufen, in welcher von einem Referenten das einschlägige Thema in ausführlicher Weise behandelt wurde. In der Diskussion wiesen verschiedene Redner übereinstimmend darauf hin, daß die Ausbreitung der Parteipresse unter Gewerkschaftsmitgliedern eine Notwendigkeit sei. Die Stabilität einer Gewerkschaft hängt im wesentlichen von der Zahl der Prehabonnenen ab. Diese Ausführungen begegneten allgemeiner Zustimmung, so daß die Besammlung mit der Gewinnung einer stattlichen Anzahl von Neuabonnenen einen erfreulichen Ausklang fand.

Im Zeichen einer günstigen Konjunktur sieht dieses Jahr die Militärareffektenfabrikation. Scheinbar als Folge der großen Neuorientierung. Die hiesige Artilleriewerkstatt hat ihr Arbeitspersonal erheblich vermehrt. Auch die Privatbetriebe prosperieren erfreulich. Neue Betriebe haben sich dazu gestellt. Die Anerkennung der mit den älteren Firmen abgeschlossenen tariflichen Bestimmungen kamme in dem neuen Betriebe ohne Schwierigkeit durchgeführt werden. Im übrigen hat sich gezeigt, daß es mitunter schwieriger ist, einen Tarif einzuhalten, als einen solchen abzuschießen. Gerade auf die Einhaltung des abgeschlossenen Tarifvertrages muß sich jetzt unsere Aufmerksamkeit konzentrieren.

In der Autobranche hat der günstige Abbruch der Lohnbewegung vorteilhaft gewirkt. Die Bemühungen des früheren Kollegen G e h r t, den Vertrieb mit Unorganisierten zu füllen, sind bis jetzt gescheitert. Er steht in dieser Beziehung noch immer „allein auf weiter Flur“. Zudem haben unsere Erfolge bewirkt, daß die Kollegen in den übrigen kleineren Betrieben, die uns bisher vollständig fremd

waren, zu uns übergegangen sind. Die Förderung ihrer Interessen und die Gleichstellung derselben mit den Kollegen in den größeren Betrieben wird unsere Aufgabe in nächster Zeit sein. 3.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sattler, Tackner und Riemer in Australien.

Dem „Nachblatt“ der Sattler, Tackner und Riemer Österreichs entnehmen wir hierüber:

Wie ein Städ zehntausend hat sich der in un-  
terem französischen Prudenten enthaltene Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer australischen Verwandten, dessen Uebersetzung uns ein der französischen Sprache mächtiger Wiener Kollege besorgte. Wenn man aber bedenkt, daß Australien heute das einzige Land ist, in dem die Arbeiterpartei bereits die Majorität im Parlament besitzt und aus ihren Reihen schon wiederholt der Vizepräsidenten besetzt wurde, wird man das Nachfolgende besser begreifen können. Australien ist auch das Land, in welchem, dank der Arbeit der organisierten Arbeiterkraft, der achtstündige Normalarbeitsstag gesetzlich festgesetzt und eine sehr ansehnliche Altersversorgung für alle arbeitsunfähigen oder über 60 Jahre alten und mittellosen Personen eingeführt ist, gleichviel, ob sie dem Arbeiter- oder Bürgerstand angehören.

Nun zu dem Bericht selbst. Die Arbeitszeit beträgt 44 Stunden die Woche und verteilt sich auf fünf Tage der Woche. Der Samstag ist vollständig frei. Dies darum, weil in Australien vollständige Sonntagsruhe eingeführt ist, auch für alle Lebensmittelgewerbe. Der Samstag dient deshalb hauptsächlich der Versorgung von Einkäufen und der Vorbereitung für den Sonntag.

Die Entlohnung beträgt für einen Werkmeister 100 Kronen (1 Arone = 85 Pf.) die Woche. Für gewöhnliche Arbeiter beträgt der Minimallohn je nach der Qualifikation 67,50 bis 87 Kronen pro Woche. Speziallöhne werden höher entlohnt. Für Lehrlinge beträgt die Lehrzeit drei Jahre und werden dieselben wie folgt entlohnt: Im ersten Jahre pro Woche 25 Kronen, im zweiten 37,50 Kronen und im dritten 50 Kronen. Die Zahl der Lehrlinge, die eine Firma beschäftigen darf, ist derart geregelt, daß auf je drei Arbeiter ein Lehrling eingestellt werden kann.

Ueberstunden werden höher entlohnt, auch für die Lehrlinge, und zwar in der Weise, daß die erste Stunde mit 50 Proz. und jede weitere Stunde mit 100 Proz. Zuschlag berechnet werden. Feiertagsarbeit wird doppelt bezahlt.

Die Beamten der Gewerkschaft haben das Recht, die Betriebe auf die Einhaltung der Verträge zu kontrollieren und zu diesem Zwecke ungehinderten Zutritt während der Arbeitsstunden. Sämtliche Werkzeuge müssen von den Unternehmern beige stellt werden.

Affordarbeit kann nur im Einverständnis mit der Gewerkschaft festgesetzt werden, ebenso die Stückpreise.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer australischen Kollegen sind gegenüber jenen, unter welchen wir in Europa zu arbeiten haben, geradezu glänzend zu nennen. Dabei sind die wichtigsten Nahrungsmittel, besonders das Fleisch billiger wie bei uns. Während bei uns die Unternehmer bei jeder, wenn auch noch so geringfügigen Forderung der Arbeiter nach einer Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses ein wahres Klagegedächtnis anstimmen und von Zugrundegehen und Konkursenzunfähigkeit sprechen, entwickelt sich die Industrie für Sattler, Tackner- und Riemearbeiten in Australien, trotz der weit besseren Lohn- und Arbeitsverhältnisse zusehends und ist gegenwärtig im blühenden Aufschwung begriffen.

Eingefandt.

Da die Generalversammlung schon einige Zeit vorüber ist und die Gemüter etwas beruhigter sind, so will ich nun auf die schon längst gewünschte Reichsbranchenkonferenz der Wagen- und Autosattler hinweisen. Da in den letzten Jahren die Autobranche einen so kolossalen Aufschwung genommen hat, wie selten eine unserer Branchen, so ist es notwendig, diesem Beruf mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Eine derartige Konferenz kann dazu beitragen, einen einheitlichen Lohn- und Affordarif herbeizuführen. Um dieses zu bewerkstelligen, ist es Aufgabe dieser Konferenz, daß das Reich in vier Bezirke eingeteilt wird und in jedem Bezirk eine Untertarifkommission besteht. Diese Kommissionen übernehmen den einzelnen Verwaltungen das Material zur Bearbeitung, um in den Bezirken einen einheitlichen Lohn- und Affordarif zur Einführung zu bringen. Ferner soll die Konferenz ein Reglement ausarbeiten, worin die Bearbeitung der einzelnen Bezirke festgelegt wird.



Chemnitz geführt. Er sprach in unserer letzten Mitgliederversammlung über: „Die Kulturanschauung des Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung“. Eingangs seines Vortrages erläuterte er den Gegensatz der bürgerlichen Kulturanschauung zur sozialistischen. An vielen Beispielen aus allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zeigte er, wieviel noch gearbeitet und gekämpft werden muß, um den Staat und seine Einrichtungen so zu gestalten, daß er der arbeitenden Bevölkerung dauernd zum Segen gereicht. An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine kurze Diskussion, die in der Aufforderung ausklang, durch Stärkung der politischen, gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung das weitere Ziel zu erreichen und den Arbeitern unter der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung die ihr gebührende Achtung zu erringen.

Am Gewerkschaftlichen wurde die Aufschrift des Bildungsausschusses verlesen, sowie auf die Besichtigung der neuen Fach- und Fortbildungsschule am 20. Oktober aufmerksam gemacht.

Anßerdem behandelte man noch die Gründung des gelben Werktvereins in der Sächsischen Maschinenfabrik und das Verhalten der dortigen Kollegen. Die Krisenverwaltung wurde besprochen, mit den Kollegen nochmals Rücksprache zu nehmen und dann der nächsten Versammlung entsprechende Anträge zu unterbreiten.

**Bergen-Enzheim.** (E. 1. 10.) In mäßig besuchter Versammlung beschäftigten sich die Kollegen in Rechenheim am 22. September mit den Beschlüssen der Offenbacher Bezirkskonferenz. Kollege Schulz-Enzheim gab den Bericht und anschließend hieran die Verhandlungen zwischen Bezirksleitung Frankfurt und Zentralvorstand bekannt. Die Kollegen sind mit den Beschlüssen der Konferenz, ebenso auch mit der Stellung ihrer Delegierten einverstanden. Bezüglich der Regelung der Beamtenfrage in Frankfurt kam indessen die Befürchtung zum Ausdruck, daß dann in Zukunft in unserem Bezirk nichts mehr getan werde. Nur mit Rücksicht darauf, daß bei unseren Verbandsfinanzen sich die Anstellung eines neuen Beamten in Frankfurt nicht gut rechtfertigen läßt, sind die Kollegen mit der Zurückverlegung unseres Beamten nach Frankfurt einverstanden, erwarten jedoch, daß dieser sowie auch der Gauleiter unseren Bedürfnissen Rechnung trägt. Die Kollegen Drexel und Schulz riefen an die Kollegen das dringende Ersuchen, nun endlich sich aufzuraffen und tatkräftig mitzuarbeiten; auch an dieser Stelle wollen wir nicht verkümmern, den Kollegen vor Augen zu halten, daß ihr Verhalten der Organisation gegenüber einfach standlos war. Jede, selbst die kleinste Arbeit, ließ man den Beamten allein machen. Das ist in erster Linie die Hauptursache, daß an ein Vorkommen nicht zu denken war, und daß es auch nicht möglich ist, den Tarifverträgen Einhalt zu gebieten, wenn die Kollegenschaft ihre Mitarbeit verweigert.

Dasselbe trifft auch für Enzheim zu. Auch hier zeigte die Versammlung am Montag, den 23. September, wieder die alte Gleichgültigkeit, so daß die Kollegen Drexel und Drexel, welche inoffizielle Verhinderung des Kollegen Schulz anwesend waren, nicht auf ihre Kosten kamen. Wohl plagt die Neugierde und die Kollegen fragen untereinander über die Ursachen der Atonderung. Aber in die Versammlung kommen und sich um die Angelegenheiten informieren, das ist von der Bequemlichkeit unserer Mitglieder zubielt verlangt. Wann endlich wird hier eine Besserung zu konstatieren sein?

**Rundschau.**

**Gesetzliches Verbot des Streikpostens** und schleunige Aburteilung bei Streikposten ist das Ideal aller Scharfmacher, um so den Gewerkschaften den Garaus zu machen, wenn organisierte Arbeiter es wagen, sich gemeinschaftlich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und abzuwehren, daß bei der Revision des Zolltarifes geplanten neuen Zölle und Zollerhöhungen wiederum die Arbeiterschaft in unerträglichen Maße belasten. Als ganz besonders hervorragende Scharfmacheroorganisation führt der „Verband sächsischer Industrieller“, dem auch die Lederwarenfabrikantenvereinigung Deutschlands angehört, unter Führung des linksliberalen Dr. Stresemann von sich reden zu machen. Eine Ausschussführung dieses Verbandes machte sich an der Regierung und der Polizei die fernere Marschroute im Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Arbeiter vorzuschreiben. Es ist nicht wenig, was die Herrschaften an brutaler Arbeiterfeindschaft in einem mit etwas heuchlerischer Verbrämung verzierten Akt gepakt haben.

Hier der Wortlaut der angenommenen Resolution, die als glatte Kriegserklärung gegen die Arbeiterschaft zu gelten hat. Die Resolution lautet:

„Der Verband hält grundsätzlich für ein Eingreifen der Gesetzgebung erst dann für notwendig, wenn die Selbsthilfe in Streitfällen fast durchweg versagen mußte, weil die Behörden nur schwer oder überhaupt nicht zu bewegen sind, auf Grund der bestehenden Gesetze dem Arbeitgeber deren Schluß angedeihen zu lassen.“

Der Verband fordert daher zunächst, daß die verantwortlichen Organe der Verwaltung durch entschiedene Anwendung der bestehenden Gesetze die Achtung vor der öffentlichen Ordnung und das Vertrauen zu den Rechtsmitteln des Staates wieder herstellen. Die Polizei darf keinen Zweifel darüber lassen, daß sie dem Gesetz zur Achtung verbleiben wird. Weiterhin muß der Streikposten eine schließliche Aburteilung erfolgen, wenn eine Ermittlung der Täter bewirkt werden und eine erzieherische Wirkung der Aburteilung eintreten soll.

Insbefondere fordert der Verband die tatkräftige Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften gegenüber den Ausschreitungen des Streikpostens, die als Störung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe des Verkehrs auch gegenwärtig zu verhindern sein würden, wenn die Polizei nicht so häufig versage. Bei den sich häufenden Ausschreitungen der Streikposten weist der Verband darauf hin, daß ein gesetzliches Verbot des Streikpostens im öffentlichen Interesse unvermeidlich sein würde, wenn die Durchhabung der bestehenden Gesetze keine andere wird.

Der Verband fordert weiterhin eine Neuorganisation des gesamten Gebietes der Vorschriften der Gewerbeordnung in bezug auf das Konstitutionsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach der Richtung, daß die Ausnahmestellung der gewerblichen Berufsvereine beseitigt wird. Insbesondere tritt er ein für die Verteilung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine sowie für die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit. Weiterhin hält der Verband eine weitere Fassung des Nötigungsparagraphen sowie die Möglichkeit eines beschleunigten Strafverfahrens bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung für erforderlich.

Der Verband wünscht die Einführung dieser notwendigen gesetzlichen Vorschriften im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung bei Beratung der Reform des Strafgesetzbuches. Die Schaffung eines Sondergesetzes hält der Verband bei der Zusammenfassung des Reichstags für praktisch nicht erreichbar, hält diese Forderung aber auch für nicht im Interesse der Industrie liegend, da ein solches Sondergesetz auch von der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft als Ausnahmengesetz betrachtet, zur Stärkung der politischen Sozialdemokratie und der von ihr beeinflussten freien Gewerkschaften führen und dadurch die friedliche Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hindern und zudem in den bis jetzt betragenegebenen Vorschlägen großer Industrieverbände auch eine Gefahr für die freie Entwicklung der Arbeitgeberverbände liegen würde.“

Treffend bemerkt hierzu der „Textilarbeiter“: „Also rücksichtslose Handhabung der Rechtsmittel des Staates zugunsten der Ausbeuter. Schleunige Aburteilung von Personen, welche die Organe der staatlichen Macht als Streikführer bezeichnen, damit nicht erst durch eine gründliche Untersuchung die Haltlosigkeit so vieler Anschuldigungen nachgewiesen werden kann. Das Urteil soll nicht strafen, sondern abschrecken, so wollen es die sächsischen Industriemagnaten. Das Streikpostensuchen muß verboten werden; geht das nicht auf Grund der Bestimmungen, wodurch das Streikpostensuchen als Störung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe des Verkehrs verboten werden kann, dann halten die Herren ein gesetzliches Verbot des Streikpostensuchens für unvermeidlich. Kein Wunder! Sie brauchen ja keine Streikposten. Diese Aufgabe nimmt ihnen ja die Polizei in fürsorglichster Weise ab! Und wenn 20 Fabrikengänge zu einem bestreikten Betriebe führten, soviel ist sicher, jeder dieser Eingänge würde mit Trägern von Pöbelhauben reichlich verziert werden, um die'eb'le Zunft der Hingebredür mit Ehrenbezeugungen zu traktieren. Die Arbeiter aber sollen keine Posten ausstellen, die den Auftrag haben, ihre Kollegen, die in dem bestreikten Betriebe Arbeit nehmen wollen, von dem Vorhandensein des Streiks zu unterrichten. Von dem Terrorismusgeschrei, welches gegen die Streikposten erhoben wird, ist ja in 90 von 100 Fällen gar nichts wahr und in dem einen Falle stellt sich in der Regel auch noch heraus, daß aus Wäden Gesanten gemacht worden sind. Die sächsische Regierung selbst ist empört über die unwahren Behauptungen, die in dem Akt der sächsischen Unternehmern aufgestellt werden. Sie erklärt in der sächsischen regierungsoffiziellen Presse, daß der Verband der sächsischen Industriellen für die erhobenen Beschuldigungen nicht einen Schatten des Beweises geliefert habe.“

Eine unerhörte Arivolität ist die Forderung, dem Nötigungsparagraphen eine weitere Fassung zu geben; eine Fassung nämlich, durch welche es möglich wird, Lohnforderungen, die unter Androhung der Arbeitsniederlegung gemacht werden, als Nötigung und Erpressung zu betrachten.

Arbeiter! Diese unerhörte Herausforderung der sächsischen Scharfmacher und ihrer Verbündeten in den übrigen kapitalistischen Interessentkreisen muß uns die Galle ins Blut treiben. Die Agitation zur Werbung von neuen Mitgliedern muß durch diese frivolste Kriegserklärung wieder einen mächtigen Aufstoß bekommen. Die beste Antwort auf diese Herausforderung ist die Verdoppelung der numerischen und finanziellen Macht der Organisation. Die beste Abwehr ist der Sieg. Also frisch drauflos!

**Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin** hat bereits Dienstag, den 1. Oktober, den Winter-Kursus 1912 mit dem Unterricht über: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert begonnen. Vortragender ist Konrad Haensch. Am Mittwoch, den 2. Oktober, unterrichtet Medaieur Ernst Dämmig über Literaturgeschichte. (Beginn 3. Oktober) Sozialpolitik. Emil Dittmer Freitag (Beginn 4. Oktober) das Gewerkschaftswesen. Emil Eichhorn Sonnabends (Beginn 5. Oktober) die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und Montags (Beginn 7. Oktober) Naturkenntnis. Vortragende Frau Käthe Dander. Diese Kurse werden im Schullokal, Grenadierstr. 37, abgehalten und erstrecken sich auf 10 Abende, beginnen pünktlich 8 1/2 Uhr abends und enden um 10 Uhr. Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 9 Uhr, beginnt im selben Lokal der Kursus des Vortragenden Ray Grundwald über Nationalökonomie und um 11 Uhr mit mündlichen und schriftlichen Übungen die Rednerschule. Außerdem findet unter Leitung des Genossen Emil Dittmer Montags (Beginn 7. Oktober) im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Zimmer 27, ein Kursus im Gewerkschaftswesen für Fortgeschrittene und Mittwochs (Beginn 23. Oktober) im Königsplatz-Kasino, Kolonnenstr. 72, ein Kursus zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus (Vortragender Julian Vorhardt) statt.

Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf. Das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mk. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstr. 37, Hof geradeau, 1 Treppe, und in nachstehenden Adressstellen: Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a; Neul, Bornimstr. 42; Vogel, Lorzingstr. 37; W. Kaczorowski, Rabenestrasse 6; Dorisch, Engelauer 15.

Wir können unseren Kollegen die Teilnahme an mindestens einem Kursus nur dringend empfehlen.

**Bestrafte christliche Verleumder.** Christliche Gewerkschaftsführer haben es sich zur Aufgabe gemacht, wegen jeder Bagatelie, von der sie glaubten, durch Freigewerkschaftler beleidigt worden zu sein, zum Stadi zu laufen und sich dort ihre Ehre reparieren zu lassen, wohngegen freie Gewerkschaftler alle noch so verleumderischen Angriffe unbeantwortet ließen. Diese Grobmut machten sich unsere christlichen Brüder zunutze und bewiesen an der Hand der erzielten Verurteilungen, was für gute Kerle sie und wie schlecht die Freien sind. Gleichzeitig sollten die Bestrafungen als Material gegen die freien Gewerkschaften benutzt werden. Diesem Umstände ist es zu danken, wenn die von christlicher Seite verbreiteten Unwahrheiten und Verleumdungen nicht mehr ungepöht bleiben. Dabei kommt es den Beleidigten nicht auf die Höhe der Strafe, sondern auf die Feststellung des lägenhaften Treibens der christlichen Streiter für Wahrheit und Recht an.

So wurde der frühere Redakteur der christlichen „Gewerkschaftsstimme“, jetzt Gauleiter des christlichen Gemeindearbeiterverbandes in Frankfurt a. M., Karl Geis, vom Schöffengericht München zu 150 Mark Geldstrafe eventl. 15 Tage Gefängnis verurteilt, weil er dem Gauleiter des Gemeindearbeiterverbandes, Genossen Sebald, den Vorwurf der Raubergerei und des Schwindels machte. Trozdem G. sowie Zeugen laden ließ, daß der Bürgermeister von Landskron befürchtete, die Stadt würde ohne Licht bleiben, wenn alle Geladenen zum Termin müßten, fand sich nicht ein einziger, der die christlichen Behauptungen stützte. Derselbe Bruder in Christo, Karl Geis, beschuldigte einen Brauer, daß er seinen Lohn nicht gewissenhaft verdiene, um ihn so wegen seiner Agitation beim Unternehmer zu denunzieren. Auch hier versagte das Massenaußgebot von Zeugen. Geis erhielt 25 Mk. Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis. — Erhöht Freud, herrscht im Redaktionsraum unserer christlichen Schwester, der „Deutschen Lederarbeiter-Zeitung“, wenn ein Genosse sich in den Geschehnissen verfrickt hat. Trozdem können wir dem geistigen Nährvater dieses Organs unser Mitleid nicht verhehlen, weil er vom Amts-

gericht Nürnberg wegen Verleumdung des Gaultenere...

Warum die christlichen Bergarbeiter nicht streiken...

Beiträge zur Fleischnot. Eine neue Pferde...

Wer einigen Tagen druckte die Deutsche Tages...

Fleischnot. Neudeutscher Bürgermensch (Weibsen oder Mannen)!

In botanen Zeitsäufen bleibt uns, zum Deuler...

Man hat es erst kürzlich in einer Kaiserrede gelesen...

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Mit Antrag der Ortsverwaltung Hannover...

Die Ortsverwaltungen werden ersucht...

Wir verweisen hierdurch nochmals darauf...

Der Vorstand.

Bücherschau.

„In Freien Stunden“. Eine Wochenchrift...

Adressenänderungen.

- Magdeburg, K. Otto Reher, Magdeburger-Wilhelmsplatz, Kriemhildstr. 12, Hof ptr.

Sterbetafel.

- Offenbach a. M. Am 19. September verstarb unser Mitglied...

Verfammlungskalender.

- Berlin. Freiwirtschaftsbewegung. Sonntag, den 12. Oktober...

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Fernzugrossen Deutschlands, C. G. 64 in Berlin.

Verband der Sattler u. Portefeuller. Ortsverwaltung Offenbach a. M.

Quartalversammlungen. Tagesordnung: Abrechnung vom 3. Quartal...

Wir bringen hiermit unseren Mitgliedern zur Kenntnis...

Tüchtige Sattler auf Militärarbeit sofort gesucht.

Tüchtige Tischler auf Tisch, Steg- und Mailbügelstischen eingerichtet...

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-